

# INFOTICKER

Nr. 36 | 29.10.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 [www.cdu-fraktion-brandenburg.de](http://www.cdu-fraktion-brandenburg.de)



**MEHR TRANSPARENZ FÜR UNS BÜRGER! CDU-LANDTAGSFRAKTION WILL ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN ZUR OFFENLEGUNG VON CHEF-GEHÄLTERN VERPFLICHTEN.**



# MEHR ALS DIE BUNDESKANZLERIN

Öffentliche Unternehmen des Landes Brandenburg sollen künftig die Gehälter von Geschäftsführern und Aufsichtsratsräten offen legen müssen. Mit einem Transparenzgesetz will die CDU-Landtagsfraktion Klarheit für den Bürger schaffen.

Rund 6,4 Milliarden Euro haben das Land Brandenburg und seine Kommunen im Jahr 2009 an Steuern eingenommen. Viele von uns fragen sich: Was passiert mit meinem Geld?

## WIR FORDERN TRANSPARENZ!

In einem ersten Schritt zu mehr Transparenz fordert die CDU-Landtagsfraktion, dass öffentliche Unternehmen die Gehälter ihrer Vorstände und Geschäftsführer offen legen. Allein das Durchschnittsgehalt eines Stadtwerkechefs bewegt sich auf dem

Gehaltsniveau der Bundeskanzlerin. Bisher fehlt in Brandenburg ein Gesetz, das die öffentlichen Unternehmen zur Offenlegung der einzelnen Chef-Gehälter zwingt.

## DAS WOLLEN WIR ÄNDERN

Unsere Fraktionsvorsitzende Dr. Saskia Ludwig stellte in dieser Woche ein von der CDU-Landtagsfraktion erarbeitetes Transparenzgesetz vor. „Öffentliche Betriebe finanzieren sich aus Steuergeldern, deshalb haben die Bürger einen besonderen Anspruch auf

Transparenz“, erklärte Ludwig. Im Falle einer Mehrheitsbeteiligung von über 25 Prozent von Land oder Kommunen an Gesellschaften des privaten Rechts sollen die Gehälter der einzelnen Leitungs- und Aufsichtsratsmitglieder offen gelegt werden. Dazu gehören auch Entgelte die Angehörige der Kontrollgremien für ihre Beratungs- und Vermittlungsleistungen erhalten. Im Falle von Neugründungen und künftigen Beteiligungen von Land und Kommunen soll die Pflicht zur individualisierten Offenlegung ohne Einschränkung gelten. Auch auf kommunaler Ebene sollen Unternehmen der öffentlichen Hand zur Offenlegung verpflichtet werden. Durch eine Beschlussfassung sollen die Gemeindeparlamente dem Beispiel auf Landesebene folgen.

## STÄRKUNG DER BÜRGERRECHTE

Das Transparenzgesetz stärkt die Rechte der Brandenburger und macht Handeln nachvollziehbar. Wird die rot-rote Koalition auch diesen CDU-Gesetzentwurf im Parlament, wie schon so oft zuvor, ablehnen? Wir werden ihnen darüber berichten. cs

Ministerpräsident Matthias Platzeck (r., SPD) und Finanzminister Hemuth Markov (l., DIE LINKE) konnten sich 2009 über rund 6,4 Milliarden (!) Euro gezahlte Steuern freuen. Öffentliche Unternehmen sollen nach dem Willen der CDU-Landtagsfraktion die Gehälter ihrer Vorstände und Geschäftsführer offen legen. Allein das Durchschnittsgehalt eines Stadtwerkechefs ist ähnlich hoch wie das der Bundeskanzlerin!



## EINHELLIGE ABLEHNUNG DER ROT-ROTEN POLIZEIREFORM

Innenminister Woidke muss endlich auf die massive Kritik hören

Als vernichtendes Urteil für die rot-rote Landesregierung hat unser innenpolitischer Sprecher Sven Petke die Anhörung zur Polizeireform im Innenausschuss des Landtages bezeichnet. Hintergrund ist die einhellige Ablehnung der rot-roten Streichpläne durch Bürgermeister, Amtsdirektoren, Vertreter der Gewerkschaften, des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, des Landkreistages u.a.. „**Deutlicher können es die Experten nicht sagen: Das konzeptlose Zusammenstreichen**

**jedes fünften Polizisten findet breite Ablehnung in Brandenburg**“, sagte Petke.

„Innenminister Woidke wäre gut beraten, endlich auf die massive Kritik zu hören. Noch ist es nicht zu spät, im Sinne unserer Bürger die Pläne zu ändern.“ Der CDU-Innenexperte erinnerte daran, dass seine Fraktion ein entsprechendes Polizeikzept vorgelegt hatte, das sowohl die Sicherheit in Brandenburg gewährleiste als auch den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung trage.



In der Anhörung des Innenausschusses hatten Brandenburger Gemeindevertreter ihre massiven Bedenken gegen Streichungen vorgetragen. „Die Menschen brauchen ein Sicherheitsgefühl und das kann ihnen nur die Polizei geben“, sagte der Lübbener Bürgermeister Lothar Bretterbauer (l.). Unterstützung erhielt er von seinem Amtskollegen Jörg Gampe (r.), Bürgermeister der Stadt Finsterwalde.

## SEITE AN SEITE MIT OPFERN DES BODENREFORM-UNRECHTS DEMONSTRIERT

Mehr als 50 Opfer des Bodenreform-Unrechts und deren Erben haben in dieser Woche vor dem Brandenburger Landtag für eine Entschädigung demonstriert. Hintergrund ist der vom Bundesgerichtshof im Jahre 2007 als „sittenwidrig“ bezeichnete Umgang des Landes Brandenburg mit ehemaligen Bodenreform-Grundstücken. Noch immer sind vermutlich mehr als 10.000 Grundstücke im Gesamtwert von rund 90 Millionen Euro nicht im Besitz der rechtmäßigen Erben. Unterstützung erhielten die Demonstranten von unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dieter Dombrowski. Er forderte die Landesregierung auf, endlich ihre Blockadehaltung zu beenden und begangenes Unrecht zu entschädigen. „Das Land Brandenburg ist hier ganz klar in der Pflicht, aktiv zu werden und alle Möglichkeiten

zu nutzen, um die Erben ausfindig zu machen“, sagte Dombrowski und sprach sich erneut für den Einsatz professioneller Erbenermittler aus.

Als bedenklich bezeichnete der CDU-Abgeordnete, der sich bereits im LEG-Untersuchungsausschuss mit der zweifelhaften Verwaltungspraxis des Brandenburger Finanzministeriums beschäftigt hatte, die jüngsten Äußerungen der SPD-Parlamentarierin Susanne Melior. Melior, die jüngst erst zur Vorsitzenden der „Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur“ gewählt wurde, hatte die Maßnahmen des Landes als ausreichend bezeichnet und erklärt, die Erben könnten sich ja melden.

„Den zahllosen Opfern der Bodenreform und ihren Erben müssen solche Aussagen mehr als befremdlich vor-

kommen. Genau diese Einstellung war es, die zum damaligen Unrecht geführt hat“, sagte Dombrowski und kündigte an, dass die CDU-Fraktion weiterhin für eine rechtmäßige Entschädigung eintrete. Jeder habe einen Anspruch auf die Wahrung seiner Rechte, ob Hartz IV-Empfänger oder Bodenreform-Opfer, so der CDU-Abgeordnete: „Wir stehen an der Seite des Rechts.“ ps



Unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dieter Dombrowski demonstrierte mit den Opfern des Bodenreform-Unrechts vor dem Landtagsgebäude. Jeder habe einen Anspruch auf die Wahrung seiner Rechte, ob Hartz IV-Empfänger oder Bodenreform-Opfer.

# BÜRGERBÜRO

## WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

In unserer Bürgerlounge sind wir montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr für Sie da, individuelle Terminvereinbarungen sind möglich. Vertrauensvoll und kompetent nehmen unsere Mitarbeiter Ihr Anliegen entgegen und beantworten Ihnen gern Ihre Fragen rund um die CDU-Fraktion und Fachthemen im Landtag Brandenburg.

Weiterhin sind wir Ihnen bei konkreten Gesprächswünschen mit unseren Abgeordneten sowie der Kontaktaufnahme mit den Bürgerbüros in den Wahlkreisen behilflich.

### Bürgerbüro

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 50  
Fax: 0331 / 966 14 07  
[pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de)  
[www.cdu-fraktion-brandenburg.de](http://www.cdu-fraktion-brandenburg.de)

Redaktion INFOTICKER  
CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg  
Pressestelle  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

V.i.S.d.P.: Patrick Schweitzer  
Layout: Fraktion  
Fotos: Fraktion, pixelio.de